

Erste Sitzung

im Ständehaus zu Düsseldorf, Sonntag, den 10. Juli 1921.

Nach Beendigung des in den Hauptkirchen beider Bekenntnisse abgehaltenen Gottesdienstes versammeln sich um 12 Uhr die Mitglieder des Landtags im Sitzungssaale des Ständehauses.

Um 12 Uhr 30 Minuten eröffnet der Landtagskommissarius Oberpräsident der Rheinprovinz von Groote den 61. Rheinischen Provinziallandtag mit folgender Ansprache:

(Die Mitglieder der Vereinigten kommunistischen Parteien verlassen den Saal.)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sie sind als die berufenen Vertreter der Rheinprovinz zum 61. Provinziallandtage zusammengetreten, dem eine große Zahl von besonders wichtigen und weittragenden Vorlagen eine erhöhte Bedeutung geben. Zum Beginn Ihrer Beratungen heiße ich Sie im Namen der Preussischen Staatsregierung herzlich willkommen.

Zum erstenmale seit drei Jahren sind Sie wieder in der Lage, den Haushaltsplan der Provinz eingehend zu beraten und festzustellen. In dem Ihnen vorliegenden Entwurfe spiegelt sich mit aller Deutlichkeit die überaus schwierige wirtschaftliche Lage wieder, die infolge des verlorenen Krieges und der politischen Umwälzungen den Gemeindeverwaltungen und den Provinzen erwachsen ist. Gegenüber einem Abschluß des Haupthaushaltsplanes von 180 Millionen im Vorjahre ist der diesjährige Abschluß um 146 Millionen auf 326 Millionen gestiegen. Dieser außerordentlich gesteigerte Bedarf ist notwendig geworden, ohne daß wesentlich neue Aufgaben von der Provinz übernommen worden sind. Er ist vielmehr begründet durch die stark erhöhten Zuschüsse, welche fast alle Zweige der Verwaltung erfordern. Neben dem zu erwartenden Anteil aus der Reichseinkommensteuer soll der auf 139 Millionen geschätzte Steuerbedarf der Provinz durch Zuschläge auf die Realsteuern gedeckt werden, welche für die Stadt- und Landkreise eine drückende, aber wohl unvermeidliche Belastung bilden.

Unter den Vorlagen der Verwaltung hebe ich den Antrag auf Beteiligung an dem Hilfswerk für notleidende Kleinbahnen hervor, der die Provinz sich nicht wird entziehen können, nachdem Reich und Staat zu demselben Zwecke erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt haben. Es ist zu hoffen, daß die Kleinbahnen, deren große Bedeutung für Industrie und Landwirtschaft, namentlich auf dem Lande, nicht verkannt werden kann, soweit sie überhaupt als lebensfähig zu erachten und nur vorübergehend in Not geraten sind, mit Hilfe der zu gewährenden Darlehen über die Notlage der gegenwärtigen Zeit hinübergeführt werden.

Eine weitere Vorlage von nicht zu unterschätzender volkswirtschaftlicher Bedeutung bildet der Antrag auf Erhöhung des Stammanteils der Provinz bei der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft „Rheinisches Heim“ in Bonn. Das Stammkapital der Gesellschaft soll von 4 auf 10 Millionen hinaufgesetzt werden, damit die Gesellschaft ihren gerade in der heutigen Zeit besonders wichtigen Aufgaben trotz der schwierigen Geldlage gerecht zu werden vermag.

Für die beiden größten Anstalten der Provinz, die Provinzial-Feuerversicherungsanstalt und die Landesbank, ist eine wesentliche Erweiterung ihrer Aufgaben vorgesehen. Es wird empfohlen, den immer kostspieliger gewordenen großen Verwaltungsapparat der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt dadurch weiter auszunützen, daß die Versicherung gegen Unfall, Haftpflicht, Transport-, Hagel- und Aufrufschäden sowie gegen Veruntreuung als Nebenzweige in den Geschäftsbereich aufgenommen werden. Die Landesbank aber wird durch die in den letzten Jahren täglich wachsenden Aufgaben des öffentlichen Kreditwesens aus dem ihr erst durch die neue Satzung vom 1. November 1918 gezogenen Rahmen ihres Geschäftsbetriebes immer mächtiger hinausgedrängt, und sie bedarf einer freieren Form und einer freieren Gestaltung. Die Landesbank erscheint heute schon als die Zentralstelle für die Zusammenfassung und Organisation des öffentlichen Kredits in der Rheinprovinz. Dieser tatsächlichen Entwicklung soll durch eine neue Satzung Rechnung getragen werden, die es der Landesbank gleichzeitig ermöglicht, alle Aufgaben einer Großbank zu erfüllen. Zu diesem Zwecke sollen insbesondere ihre Betriebsmittel erheblich verstärkt und es sollen die öffentlichen Sparkassen, die Kreis- und Stadtbanken, sowie die Bankbetriebe der Genossenschaftsverbände als stille Gesellschafter mit Einlagen in das Geschäft der Landesbank aufgenommen werden können.

Von der größten Bedeutung für die Fortführung der Geschäfte der Provinzialverwaltung wird die Ihnen obliegende Wahl eines neuen Landeshauptmanns sein, nachdem der im Jahre 1903 einstimmig gewählte und im Jahre 1914 einstimmig wiedergewählte Landeshauptmann Herr Dr. von Renvers sich leider aus Gesundheitsrücksichten entschlossen hat, von seinem Amte zurückzutreten. Möge Ihre Wahl auf einen Mann fallen, der den außerordentlichen Anforderungen des Amtes gewachsen ist und von dem Vertrauen der ganzen rheinischen Bevölkerung getragen wird.

Von den seitens der Staatsregierung Ihnen vorgelegten Beratungsgegenständen ist besonders hervorzuheben die erforderliche Stellungnahme zu dem Entwurfe eines Gesetzes über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzen. Die von dem letzten Provinziallandtage zur Vorprüfung dieser Frage gewählte Kommission wird Ihnen nach eingehenden Verhandlungen die geeigneten Vorschläge unterbreiten. Außerdem erbittet die Staatsregierung von Ihnen Gutachten über die beabsichtigte Eingemeindung der Gemeinden Langensfeld und Rächstebreck im Kreise Schwelm nach Barmen, sowie der Gemeinde Worringen im Landkreise Köln nach Köln, ferner über den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Ruhrtalesperrengesetzes vom 5. Juli 1913. Diese Gutachten sind Gegenstand der Vorberatung im Provinzialausschusse gewesen, dessen Anträge Ihnen vorliegen.

Meine Damen und Herren! Ihre Beratungen werden sich zu vollziehen haben unter dem überaus schweren politischen und wirtschaftlichen Drucke, der auf unserem ganzen Vaterlande, in weit höherem Maße aber auf unserer Heimatprovinz lastet. Ich muß es mir versagen, näher darauf einzugehen, um nicht bitter und scharf in meinen Äußerungen zu werden. Ich möchte nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Sinn für Freiheit und Gerechtigkeit und die Einsicht in die wirtschaftlichen Bedürfnisse aller europäischen Länder allmählich so erstarken werden, daß sie, wenn auch nicht zu einer gänzlichen Lösung, so doch zu einer baldigen Lockerung der uns angelegten schweren Fesseln führen. (Lauter Beifall.) Wir wollen daher noch nicht daran verzweifeln, daß Ihre dem Vaterlande und der Heimatprovinz gewidmeten Arbeiten ihre Auswirkung in einer allmählich fortschreitenden staatlichen und wirtschaftlichen Gesundung und Wiedererstarbung finden werden. (Erneuter lebhafter Beifall.) Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß Ihre Beratungen getragen sein mögen von strengster Sachlichkeit und von dem Willen der Verständigung zum Wohle des Ganzen.

Mit diesem Wunsche erkläre ich den 61. Provinziallandtag der Rheinprovinz für eröffnet.
(Beifall.)

Meine Damen und Herren! Nach § 32 der Provinzialordnung und § 1 der Geschäftsordnung für den Provinziallandtag hat das an Jahren älteste Mitglied des Hauses zunächst den Vorsitz zu übernehmen. Soweit mir bekannt, ist Herr Geheimer Sanitätsrat Dr. Olberz, geboren am 31. Mai 1845, das älteste Mitglied. Da sich kein älteres Mitglied meldet, übergebe ich hiermit Herrn Abgeordneten Geheimerat Dr. Olberz den Vorsitz.

Alterspräsident Dr. Olberz: Sehr geehrte Damen und Herren! Seit unserer letzten Tagung sind die Verhältnisse in unserer Heimatprovinz nicht besser geworden. Durch die vermehrte Besetzung ist die Wohnungsnot, die an und für sich schon drückend war, noch größer geworden. In den Schulen, die von der Besetzung in Anspruch genommen wurden, mußte der Unterricht teilweise wochenlang ausgesetzt werden. Durch die Zollgrenze, welche durch unsere Provinz gezogen ist und uns von unserem Vaterlande trennen soll, ist in wirtschaftlicher Beziehung Großes und Unangenehmes zu erdulden, so daß Handel und Gewerbe teilweise zu erliegen drohen. Trotz der Annahme des Ultimatums durch Deutschland und trotz der eifrigsten und pünktlichsten Befolgung der harten Bedingungen, die uns dadurch auferlegt worden sind, ist keine Besserung eingetreten. Doch dies alles soll unseren Mut nicht sinken lassen, unsere Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht vertreiben, unsere Anhänglichkeit an unser geliebtes Vaterland nicht verringern. (Lebhafter Beifall.) Im Gegenteil, wir wollen auch heute wieder unserer treuen Anhänglichkeit und Liebe zu unserem geliebten Vaterlande Ausdruck geben, indem wir wiederum geloben, daß wir immerdar treue Deutsche sein und bleiben wollen. (Erneuter lauter Beifall.)

In diesem Sinne mögen unsere Verhandlungen von gutem und erfolgreichem Verlaufe sein, und es mögen die parteipolitischen Gesichtspunkte nicht allzu sehr in den Vordergrund gerückt werden (Bravo!), damit durch eine möglichst sachliche Behandlung unsere Beratungen und Beschlüsse desto mehr zum Segen für unsere Heimatprovinz und damit auch zum Wohle für unser geliebtes deutsches Vaterland gereichen. (Beifall.)

(Die Mitglieder der Vereinigten kommunistischen Parteien kehren in den Saal zurück.)

Nach der Geschäftsordnung sind die beiden jüngsten Mitglieder des Hauses als Schriftführer und Stimmzähler zu berufen. Nach den mir gemachten Mitteilungen ist Herr Peter Knab, Volksschullehrer, Köln-Kalk, geboren am 23. Dezember 1895, das jüngste Mitglied. Ich frage, ob Herr Knab anwesend ist. (Abgeordneter Knab: Jawohl!) Ich frage, ob er bereit ist, das Amt zu übernehmen. (Abgeordneter Knab: Jawohl!) Dann bitte ich ihn, sich hierher zu bemühen und an meiner Seite Platz zu nehmen. (Geschlecht.)

Das zweitjüngste Mitglied ist Herr Peter Gertner, Landwirt, Oberleuken, geboren am 17. Juni 1894. Ich frage, ob Herr Gertner anwesend ist? (Abgeordneter Gertner: Ja!) Ich frage ihn, ob er bereit ist, das Amt zu übernehmen. (Abgeordneter Gertner: Ja!) Dann bitte ich ihn, sich auch hierher zu bemühen. (Geschlecht.)

Ich bitte dann Herrn Knab, die Liste der Abgeordneten vorzulesen und die Anwesenheit festzustellen. (Es folgt der Namensaufruf der Abgeordneten.)

142 Mitglieder sind anwesend. Es ist also nicht an der Beschlussfähigkeit zu zweifeln.

Wir haben jetzt die Wahl des ersten Vorsitzenden vorzunehmen, die durch Stimmzettel stattfinden muß, wenn nicht etwa durch einstimmigen Zuruf anders beschloffen wird. Ich frage, ob aus der Versammlung Vorschläge gemacht werden.

Abgeordneter Münnig: Ich schlage vor, Herrn Oberbürgermeister Gielen aus M. Gladbach durch Akklamation zu wählen.

Alterspräsident Dr. Olberg: Sie haben den Vorschlag gehört. Herr Oberbürgermeister Gielen wird als erster Vorsitzender vorgeschlagen, und zwar durch Akklamation. Erhebt sich dagegen Widerspruch?

Da Widerspruch erhoben wird, muß die Wahl durch Stimmzettel stattfinden.

Abgeordneter Melich: Ich lege gegen die Geschäftsführung des Herrn Oberbürgermeisters Gielen auf dem letzten Landtag Verwahrung ein und erhebe gegen seine Wiederwahl Protest. (Lachen bei den bürgerlichen Parteien.)

(Nach einer kleinen Pause meldet sich Herr Abgeordneter Melich von neuem zum Wort und erklärt:)

Ich ziehe meinen Einspruch, ungeachtet des Protestes, den ich vorhin erhoben habe, zurück, mit dem Vorbehalt, daß sich die Präsidentenwahl nur auf den heutigen Tag bezieht. (Heiterkeit rechts.)

Alterspräsident Dr. Olberg: Meine Damen und Herren! Diese Bedingung, die an die Wahl geknüpft wird, daß der Präsident nur für einen Tag gewählt werden soll, ist nach unserer Geschäftsordnung nicht zulässig. Infolgedessen würde also auch ein Zurückziehen des Widerspruchs unter dieser Bedingung nicht statthaft sein.

Abgeordneter Adenauer: Ich bin anderer Auffassung. Der Widerspruch gegen die Wahl per Akklamation ist zurückgezogen. Ob der Herr für sich irgend eine Reservation daran knüpft, kann uns gleichgültig sein; das ist seine Sache. Ich bin der Auffassung, die Wahl kann durch Akklamation stattfinden.

Alterspräsident Dr. Olberg: Ich habe es so verstanden, daß er gesagt hat, er ziehe seinen Einspruch zurück unter der Bedingung, daß Herr Gielen nur für heute gewählt wird. Wollen Sie die Bedingung nicht fallen lassen?

Abgeordneter Melich: Meine Erklärungen stützen sich auf das, was gestern im Alttestenrat besprochen worden ist. Ich kann mich hier nicht näher darüber auslassen. Wenn es den Herren angenehm ist, ziehe ich meinen Widerspruch zurück.

Alterspräsident Dr. Olberg: Also der Widerspruch ist zurückgezogen.

Abgeordneter Melich: Ich habe noch zur Geschäftsordnung das Wort. (Widerspruch rechts.) Ich möchte feststellen, daß ich die Berechtigung habe, zu meiner Erklärung noch eine Begründung zu geben. Wenn ich meinen Widerspruch zurückziehe, so geschieht es nur deswegen, um keine technischen Schwierigkeiten hier hervorzurufen.

Alterspräsident Dr. Olberg: Der Widerspruch ist zurückgezogen. Sonstiger Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist Herr Gielen einstimmig gewählt. Ich frage Herrn Gielen, ob er die Wahl annehmen will. (Abgeordneter Gielen: Ich nehme die Wahl an.)

Wir kommen dann zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden. Ich frage, ob auch dazu Vorschläge aus der Versammlung gemacht werden?

Abgeordneter Dr. Farres: Ich schlage als stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Justizrat Dr. Wesenfeld vor und beantrage, die Wahl durch Zuzuf vorzunehmen.

Alterspräsident Dr. Olberg: Meine Damen und Herren! Sie haben den Vorschlag gehört: Als stellvertretender Vorsitzender ist Herr Justizrat Dr. Wesenfeld vorgeschlagen, und es ist beantragt, die Wahl durch Zuzuf vorzunehmen. Ich frage, ob dagegen Widerspruch erhoben wird. — Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß Herr Justizrat Dr. Wesenfeld einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden ist. Ich frage Herrn Justizrat Dr. Wesenfeld, ob er die Wahl annehmen will. (Abgeordneter Dr. Wesenfeld: Ich nehme die Wahl dankend an!)

Wir kommen dann zur Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden. Ich frage, ob auch hier Vorschläge gemacht werden?

Abgeordneter Haas: Ich schlage Herrn Abgeordneten Ullenbaum vor.

Alterspräsident Dr. Olberg: Sie haben den Vorschlag gehört. Herr Abgeordneter Ullenbaum ist vorgeschlagen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß Herr Ullenbaum als zweiter stellvertretender Vorsitzender gewählt worden ist.

Damit wäre das Amt des Ältestenvorsitzenden erledigt. Ich bitte Herrn Oberbürgermeister Gielen, nun den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Gielen: Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Wiederwahl zum Vorsitzenden des Rheinischen Provinziallandtags entgegengebracht haben, und verspreche Ihnen, das Amt sachlich und vollständig unparteiisch zu führen. Ich hoffe auf Ihre tatkräftige Mitarbeit und auf durchaus sachliche Verhandlungen, damit wir durch unsere Arbeit etwas recht Ersprießliches für unsere liebe rheinische Heimat zustandebringen.

Ich danke sodann dem Altersvorsitzenden, Herrn Geheimrat Dr. Olberg, für die so geschickte Führung der Geschäfte.

Abgeordneter Haas (zur Geschäftsordnung): Ich möchte — ganz gleich, wer den Vorsitz führt — dringend wünschen, daß man hier jegliche Titel bei der Namensnennung der Abgeordneten wegläßt, sondern nur „Abgeordneter“ sagt. Ich halte es nicht für richtig, daß man stets „Oberbürgermeister“, „Justizrat“, oder „Geheimrat“ sagt. Wir sind alle Abgeordnete. Ich bitte dringend, daß dies in Zukunft so gehandhabt wird.

Abgeordneter Aidenauer: Ich schließe mich dem Wunsche an. Es ist parlamentarischer Brauch. Es ist zweckmäßig, wenn alle Mitglieder des Hauses entsprechend verfahren. (Zuruf Dr. Jarres: Wir haben nichts dagegen! Heiterkeit.)

Vorsitzender Gielen: Wir kommen nun zur Wahl von vier Schriftführern. Im letzten Provinziallandtage waren als Schriftführer die Herren Abgeordneten Elfes, Hauck, Pattberg und Weyers tätig. Herr Pattberg ist infolge Erkrankung verhindert, an der diesjährigen Tagung des Provinziallandtags teilzunehmen. (Durch Zuruf werden die Abgeordneten Elfes, Hauck und Weyers zur Wiederwahl und Abgeordneter von Stedman zur Neuwahl als Schriftführer vorgeschlagen.) Weitere Vorschläge sind nicht gemacht. Die Herren Elfes, Hauck, von Stedman und Weyers würden also gewählt sein. Ich bitte zwei von den Schriftführern, und zwar die Herren Hauck und Elfes, ihr Amt zu übernehmen. (Die beiden Herren nehmen neben dem Vorsitzenden Platz.) Nehmen die beiden übrigen Herren die Wahl an? (Zustimmung.)

Ich habe sodann Seiner Erzellenz dem Herrn Staatskommissar die Mitteilung zu machen, daß sich das Haus konstituiert hat.

Seine Erzellenz der Herr Landtagskommissar hat mitgeteilt, daß er den Herrn Oberpräsidialrat Dr. Brandt als seinen Kommissar zu den Sitzungen des Provinziallandtags und der von diesem zur Vorbereitung seiner Beschlüsse gewählten Kommissionen anmeldet.

Der Ortsdelegierte der Besatzung von Düsseldorf-Stadt hat in einem Schreiben vom 7. d. Mts. mitgeteilt, daß die Versammlung des Provinziallandtags mit dem Vorbehalt genehmigt werde, „daß keine Reden gehalten und keine Fragen behandelt werden, die geeignet sind, die Würde der Besatzungstruppen zu gefährden“.

Nach den vorliegenden Mitteilungen sind die Herren Abgeordneten Hagen-Röln, Huet-Aue, Pattberg-Homburg und Bottler-Bonn aus Gesundheitsrücksichten verhindert, an der Tagung teilzunehmen, Herr Abgeordneter Janßen-Röln wegen einer dringenden Reise.

Der bei den Neuwahlen zum Provinziallandtag am 20. Februar d. S. zum Abgeordneten gewählte Herr Dr. Talbot-Machen hat mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand sein Mandat niedergelegt. An seine Stelle ist nach der Vorschlagsliste Herr Dr. Krebs getreten.

Wie dem Hause bekannt, hat der Provinziallandtag bei seiner letzten Tagung auf Antrag der Wahlprüfungskommission die Entscheidung über die Gültigkeit der im Februar stattgehabten Provinziallandtags-Neuwahlen ausgesetzt, da die im § 10 des Gesetzes, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, vom 3. Dezember 1920 vorgesehene Einspruchsfrist gegen die Gültigkeit der Wahlen noch nicht abgelaufen war. Der Provinzialausschuß hat die Wahlverhandlungen mit den Einsprüchen dem Provinziallandtage vorgelegt. Die Verhandlungen werden zunächst der Wahlprüfungskommission zu überweisen sein.

Außer den Ihnen bereits zugegangenen Drucksachen sind noch folgende Vorlagen eingegangen, die auf Ihre Plätze verteilt sind:

1. ein Bericht und Antrag des Provinziallandtages, betreffend anderweitige Verteilung der Provinzialsteuern (Drucksache 27). Diese Vorlage würde mit Drucksache 1 zu verbinden und der I. Fachkommission zu überweisen sein.
2. ein Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend den Antrag der Bezirksgruppe Rheinland des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens vom 4. Juni 1921 auf Erweiterung der Satzungen der Ruhegehaltskasse und der Witwen- und Waisen-Versorgungsanstalt. (Drucksache 28.) Ich schlage Ueberweisung dieses Antrages an die Fachkommission IIa vor.
3. ein Bericht und Antrag des Provinzialausschusses, betreffend Errichtung einer weiteren landwirtschaftlichen Winterschule im Kreise Moers (Drucksache 29). Diese Vorlage ist mit der Ihnen zugegangenen Drucksache 20 zu verbinden; sie würde der IV. Fachkommission zuzuweisen sein.

Endlich ist noch eingegangen eine Petition des Landesbausekretärs Maerker bei dem Landesbauamt in Siegburg, betreffend den Bau einer Dienstwohnung oder die Gewährung eines Bau-darlehens. Ich schlage vor, diese Petition an die I. Fachkommission zu überweisen.

Die in dem Ihnen zugegangenen Vorlagenverzeichnis unter lfd. Nr. 1 und 27 aufgeführten Vorlagen (Drucksachen Nr. 25 und 13) werden Ihnen noch zugehen.

Zum Vorlagenverzeichnis selbst habe ich noch zu bemerken, daß an Stelle des an der Landtagstagung verhinderten Abgeordneten Hueck zu lfd. Nr. 3 des Verzeichnisses Herr Abgeordneter Hirtfelder, zu Nr. 5 Herr Abgeordneter Voernatz und zu Nr. 21 Herr Abgeordneter Sanders als Berichterstatter für die Fachkommission bestellt worden sind.

Der Herr Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf hat die Damen und Herren Abgeordneten für Montag, den 11. Juli, abends, zum Besuche der Freilichtbühne und für Donnerstag zum Besuche des Apollotheaters eingeladen. Ich bitte diejenigen Abgeordneten, welche von der Einladung des Herrn Oberbürgermeisters, für die ich namens des Hauses verbindlichst danke, Gebrauch machen wollen, die Karten im Landtagsbüro in Empfang zu nehmen.

Die Karten für die Freilichtbühne müssen bis spätestens Montag mittag 12 Uhr und die Karten zum Besuche des Apollotheaters bis spätestens Mittwoch mittag 12 Uhr abgeholt werden. Herr Abgeordneter Steinmeyer würde sich freuen, wenn die Besucher der Freilichtbühne vielleicht schon eine Stunde vorher, also um 7 Uhr, sich im Schulgarten einfänden, damit er ihnen den Schulgarten zeigen und einige Vorführungen von Schulkindern vor der Vorstellung veranstalten könnte.

Diejenigen Damen und Herren, welche den in einer Anzahl von Exemplaren eingegangenen Jahresbericht der Provinzialmuseen zu Bonn und Trier wünschen, können ihn im Landtagsbüro in Empfang nehmen.

Was nun die Bildung der Kommissionen bzw. Ausschüsse anlangt, so schlage ich vor, die Ausschüsse in der alten Zusammensetzung zu belassen, soweit nicht durch die Fraktionen andere Vorschläge gemacht werden sollten. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich Ihr Einverständnis an. (Zuruf Abgeordneter Wönnig: Sollen die Vorschläge heute gemacht werden?) Sie können im Laufe des Tages gemacht werden; sie werden dann morgen mitgeteilt.

Dann würde noch zu Nr. 28 des Vorlagenverzeichnisses eine besondere Kommission zur Vorbereitung der Wahl eines neuen Landeshauptmanns zu bilden sein.

Die Räume, in denen die Ausschüsse tagen, sind in den geschäftlichen Mitteilungen, die auf Ihre Plätze verteilt sind, bekannt gegeben; sie sind auch äußerlich durch Schilder kenntlich gemacht.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenausschuß schlage ich Ihnen vor, die nächste Sitzung auf morgen vormittag 9^{1/2} Uhr mit folgender Tagesordnung anzuberäumen:

1. Eingänge;
2. Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1919;
3. Bericht des Provinzialausschusses, betreffend den Vermögensstand des Rheinischen Provinzialverbandes;
4. Vorbericht zu dem Haupthaushaltsplan der Provinzialverwaltung und zu den zu ihm gehörenden Haushaltsplänen der einzelnen Verwaltungszweige und Anstalten und Haupthaushaltsplan der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1921;
5. Bericht des Berichterstatters der Geschäftsordnungskommission über den Entwurf der neuen Geschäftsordnung;
6. Entscheidung über die geschäftliche Behandlung der eingegangenen Vorlagen.

Herr Abgeordneter Haas hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Haas zur Geschäftsordnung: Meine Damen und Herren! Ich beabsichtige nicht, zu der morgigen Tagesordnung zu reden, sondern ich stelle im Namen meiner Freunde den Antrag, heute noch den ersten Punkt unserer gedruckten Vorlage zu erledigen, nämlich den Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung für das Rechnungsjahr 1919, zu dem ja der Herr Landeshauptmann seinen Etatsbericht geben wird. Meine Parteifreunde sind der Meinung, daß der heutige Tag wesentlich besser ausgenutzt werden kann. Sie vertreten die Ansicht, daß, wenn heute der Herr Landeshauptmann seinen Etatsbericht gibt, dann die Fraktionen Gelegenheit haben, heute und morgen in ihren Fraktionsitzungen dazu Stellung zu nehmen, und daß dann gleich mit der ersten Rednergarnitur angefangen werden kann.

Wir halten es für durchaus unrichtig, daß das Parlament an einem Sonntag einberufen und lediglich die Konstituierung vorgenommen wird und man dann wieder nach Hause geht. Wir sind vielmehr der Meinung, daß mit diesem Brauch entweder dadurch gebrochen werden muß, daß das Parlament überhaupt nicht mehr an einem Sonntage zusammenberufen wird oder aber dadurch, daß der Sonntag auch wirklich zu Parlamentsarbeiten ausgenutzt wird (sehr richtig! links), und nicht nur eine halb- oder dreiviertelstündige Tagung stattfindet mit reinem Formenkram, den wir an sich für überflüssig halten, wenn wir ihn auch nach der heutigen Provinzialordnung nicht beseitigen können. Wir sind der Auffassung, daß dafür ein besonderer Tag nicht notwendig ist. Man könnte das genau so gut morgen vormittag in einer halben Stunde machen und dann die anderen An-
gelegenheiten hinterher erledigen.

Aus diesen Gründen habe ich den Antrag zu stellen, daß wir jetzt noch den Bericht des Herrn Landeshauptmanns über den Haushaltsplan und den Vermögensstand der Provinzialverwaltung entgegennehmen.

Abgeordneter Hoffmann: Meine Damen und Herren! Ich unterstütze den Antrag des Herrn Abgeordneten Haas. Ich halte es für sehr richtig, daß wir heute den Bericht des Herrn Landeshauptmanns entgegennehmen. Durch diesen mündlichen Bericht bekommen wir eine wesentliche Ergänzung für die Fraktionsberatung und auch für die gesamte Kommissionsberatung.

Es ist an und für sich schon ein eigentümliches Ding, daß heute überhaupt der Provinziallandtag neu konstituiert wird. Herr Kollege Haas hat ja schon darauf hingewiesen, daß der Provinziallandtag seinerzeit bei der Neuwahl konstituiert wurde. Solange keine Neuwahl des Provinziallandtages erfolgt, ist dieser Landtag aus sich heraus souverän und braucht nicht von irgendeiner anderen Körperschaft einberufen zu werden. Wir halten es für viel richtiger, daß sich dieser Landtag in seiner Form durchsetzt und auch die Bestimmungen der Provinzialordnung zu beseitigen bestrebt ist.

Abgeordneter Koch-Kemscheid: Ich möchte Sie auch dringend bitten, den Antrag des Herrn Abgeordneten Haas anzunehmen. In der Bevölkerung versteht man es nicht, daß der Landtag an einem Sonntag mit einem Kirchgang zusammenberufen wird und die hohen Speesen ausgeworfen werden, die der Landtag für den Tag verschlingt. Es ist äußerst praktisch, wenn dem Vorschlage des Herrn Abgeordneten Haas stattgegeben wird, daß wir heute noch eine Stunde tagen und den Bericht des Herrn Landeshauptmanns entgegennehmen. Wir können dann morgen in die Einzelberatung eintreten.

Man wird mir entgegenhalten, wir arbeiteten heute noch in den Fraktionen. Ja, meine Herren, die Fraktionsarbeit wird aber viel ersprießlicher sein, wenn Sie jetzt noch eine Stunde länger tagen. Viel mehr Zeit wird der kurze Bericht des Herrn Landeshauptmanns nicht in Anspruch nehmen. Wir können dann in den Fraktionen in die materielle Behandlung eintreten.

Ich möchte Sie deshalb dringend bitten, den Antrag des Herrn Abgeordneten Haas anzunehmen. Es wird dann wohl hoffentlich auch für die Zukunft mit diesem alten Brauch gebrochen sein.

Wir von der linken Seite haben im Provinzialausschuß beantragt, daß der Provinziallandtag auf einen Dienstag zusammenberufen wird, daß man des Montags die Fraktionsitzungen abhält und dann Dienstags mit der Beratung im Plenum beginnt. Das wäre viel praktischer gewesen. Aber dieser Antrag hat nicht die Zustimmung gefunden, wir sind in der Minderheit geblieben. So bleibt uns kein anderer Ausweg als der, heute noch eine oder anderthalb Stunden zu tagen.

Abgeordneter Wönnig: Meine Damen und Herren! Die Formalien werden solange in der bisherigen Form zu erfüllen sein, als die bisherigen Gesetze und die bisherige Geschäftsordnung bestehen. Infolgedessen hat Herr Hoffmann nicht recht, wenn er sagt, der Landtag könne aus eigenem Recht einfach anders handeln.

Dann ist eingewandt worden, es sei überflüssig, den Landtag mit einer kirchlichen Feier zu eröffnen und an einem Sonntag die Arbeit zu beginnen. (Sehr richtig! links.) Es wird gesagt, die Bevölkerung verstehe das nicht. (Sehr richtig! links.) Ich glaube, daß der größere Teil unserer Bevölkerung noch ein Gefühl und Empfinden dafür hat, daß es keinen besseren Anfang für die Tagung eines Parlaments gibt, als wenn wir den Segen des Himmels für uns erleben. (Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien. Widerspruch links. Zuruf: Der tut Ihnen auch not!)

Es gibt Leute, die solche Feiern nicht als einen Scherz auffassen, sondern den Ernst des Lebens doch etwas anders beurteilen als Sie, Herr Knab.

Materiell wird gesagt, wir könnten die Diäten für den Landtag sparen. (Sehr richtig! links.) Sehr unrichtig! Wir haben im Ältestenausschuß einen Arbeitsplan vorgelegt, der so geartet ist, daß wir unter allen Umständen am Samstag mit der Arbeit fertig werden, und auch die anderen Herren von der linken Seite haben im Ältestenausschuß anerkannt, daß auch nach ihrem Arbeitsplan bis Samstag getagt werden soll. Wie da eine Ersparung von Diäten möglich sein soll, kann ich nicht einsehen. (Widerspruch links.)

Meine Damen und Herren! Wir haben beantragt, daß wir morgen um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr mit der öffentlichen Sitzung beginnen, daß wir dann den Bericht des Herrn Landeshauptmanns hören und eventuell auch den Bericht des Berichterstatters aus der Geschäftsordnungskommission, daß dann die Fraktionen ihre Beratungen vornehmen, daß auch die einzelnen Kommissionen des Mittags schon tagen und daß wir dann den ganzen Dienstag für das Plenum hier freihalten.

Auf dem vorigen Provinziallandtag haben einzelne Beratungen nicht mit Ruhe stattfinden können. Wir legen Wert darauf, daß nach den Vorträgen, die ich eben erwähnt habe, die einzelnen Parteien, Kommissionen und Fraktionen mit Ruhe tagen können, so daß dann die Aussprache am Dienstag in vollstem Maße stattfinden kann.

Nun wird gesagt, der Vortrag des Herrn Landeshauptmanns könne heute schon stattfinden. Niemand hat damit rechnen können, und es wird auch nichts damit gewonnen, daß der Vortrag heute stattfindet. Alle Vorzüge, die die Linke dabei im Auge hat, werden auch eintreten, wenn wir gleich schließen und den Vortrag des Herrn Landeshauptmanns morgen entgegennehmen. Es hat weder einen materiellen noch einen formellen Vorzug, wenn wir von der von uns vorgeschlagenen Tagesordnung abgehen.

Abgeordneter Haas: Meine Damen und Herren! Wieweit der Einzelne den Segen des Himmels für seine Arbeit ersehen will, das überlasse ich vollständig dem Ermessen jedes Einzelnen. (Zuruf Farwick: Es kommt auf Sie gar nicht an!) Auf Sie noch viel weniger, Herr Kollege (Zwischenruf Farwick); ich bin der Meinung, ich habe keine Ursache, dem Herrn Kollegen Farwick auf diesem Gebiete zu folgen. (Sehr richtig! links.) Ich bin der Auffassung, daß es nicht allein im Parlament, sondern ganz allgemein Sache des Einzelnen ist, ob er den Segen des Himmels für seine Arbeit ersehen will. Wir haben dazu nicht notwendig, daß vor der Parlamentstagung Gottesdienst abgehalten wird. Ich bin aber weiter der Meinung, wenn man wirklich dieses Bedürfnis hat, kann man es genau so gut an einem Werktag befriedigen. Diejenigen, die Lust und Liebe haben, in die Kirche zu gehen, haben dann auch Gelegenheit, vormittags in die Kirche zu gehen. Das ist ihnen am Werktag genau so gut möglich wie am Sonntage. Aus diesen Gründen hat man es gar nicht notwendig, an der Einberufung des Provinziallandtages auf einen Sonntag festzuhalten.

Nun sagt Herr Kollege Mönning, durch unseren Vorschlag würden auch keine Diäten erspart. Meine Damen und Herren, die Debatte, die wir jetzt hier in aller Öffentlichkeit haben, haben wir auch schon im Provinzialausschuß gehabt. Nach den Vorschlägen, die ich im Namen meiner Freunde und auch des Herrn Kollegen Koch im Provinzialausschuß gemacht habe, würden wir die Diäten für den heutigen Tag gespart haben, aus dem Grunde, weil wir der Auffassung sind, daß das, was bis jetzt erlebigt worden ist, auch ganz gut an einem Werktag als Einleitung der ganzen Tagung erlebigt werden könnte; dann konnte man den Tag vollständig ausnutzen. Hätten alle Ihre Parteifreunde (zu Herrn Mönning) unserem Vorschlage zugestimmt, dann würden

wir die 15 000 Mark, die der eine Tag kostet, erspart haben. Das haben Ihre Freunde nicht getan, sondern sie haben den Antrag abgelehnt. Auf Grund dessen sind wir gezwungen, in die Öffentlichkeit zu gehen und das zu sagen, was wir hinter verschlossenen Türen schon gesagt haben.

Nun hat Herr Kollege Mönning weiter gesagt, im vorigen Provinziallandtag haben einzelne Beratungen nicht mit der notwendigen Ruhe stattfinden können. Das haben alle Fraktionen und ganz besonders die führenden Köpfe sehr übel empfunden (Zustimmung.) Dem würden wir auch jetzt schon in etwa abhelfen können, wenn wir versuchten, die morgige Tagesordnung zu entlasten. (Sehr richtig! links.) Diese Entlastung würde stattfinden, wenn der eine Punkt, der morgen behandelt werden soll, der Bericht des Herrn Landeshauptmanns, heute schon erledigt würde. Dadurch würde doch selbstverständlich unsere morgige Tagung um diese Zeit gekürzt, und es würde mehr Zeit für die Kommissionen und Fraktionen bleiben.

Also finanziell hatten Sie Gelegenheit, im Provinzialausschuß die Sache tatsächlich so zu gestalten, daß etwas erspart wurde, und materiell, in der Sache — um Zeit zu gewinnen — haben Sie heute noch Gelegenheit, das nachzuholen.

Ich bitte Sie dringend, meine Damen und Herren, meinen Vorschlag, heute noch den Bericht des Herrn Landeshauptmanns entgegenzunehmen, anzunehmen.

Abgeordneter Dr. Jarres: Wir schließen uns dem Antrage der Zentrumsparterie an und bitten, es bei den Vorschlägen bewenden zu lassen, die der Ältestenrat gemacht hat. Zunächst aus einem formellen Grunde: Der Bericht des Herrn Landeshauptmanns steht nicht auf der Tagesordnung. Wenn ein einziges Mitglied des Hauses widerspricht, so besteht keine Möglichkeit, die Angelegenheit heute hier zur Beratung zu bringen. Dann aber auch aus einem materiellen Grunde, und dieser ist für uns durchschlagend. Wir sind bisher, auch aus Sparsamkeitsgründen, in der Fraktion noch nicht zusammengetreten, sondern beabsichtigen, heute erst in einer mehrstündigen Sitzung der Fraktion die Vorlagen vorzubereiten, die den Landtag beschäftigen sollen. Das wird eine schwierige und mühsame Arbeit sein, und wir glauben, die Diäten, die wir beziehen, haben wir auch durch diese Arbeit verdient. Es bedarf also durchaus nicht des Hinweises der Linken auf eine Sparsamkeitspolitik. Diesen Rat lehnen wir ab. Wir wissen selbst, daß wir auch hier im Landtage unsere Geschäftsführung so einzurichten haben, daß jede Mark gespart wird, die gespart werden kann, und es würde uns sicherlich nicht liegen, eine Stunde länger zu tagen und den Landtag mehr hinauszuziehen, als es notwendig ist. Aber wir haben heute die Nachmittagsstunden unbedingt für unsere Fraktionsvorbesprechungen notwendig. Aus dem Grunde bitten wir, die Sitzung heute morgen möglichst schnell zu vertagen.

Ob es in Zukunft möglich und zweckmäßig sein wird, die Sitzungen des Landtages an einem Werktag statt an einem Sonntag beginnen zu lassen, darüber mag sich der Ältestenrat unterhalten. Wir halten den Vorschlag für durchaus diskutabel.

Abgeordneter Gerlach: Ich bedaure außerordentlich, dem Herrn Kollegen Jarres widersprechen zu müssen; ich habe das auch schon im Ältestenausschuß getan. Es muß, um Legendensbildungen vorzubeugen, betont werden, daß tatsächlich geschäftsordnungsmäßig die Möglichkeit vorliegt, den Antrag des Herrn Kollegen Haas anzunehmen. (Abgeordneter Dr. Jarres: Wenn keiner widerspricht!) Es ist nicht richtig, daß es nicht möglich ist, den Punkt zu verhandeln, weil er nicht auf der Tagesordnung steht. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Mitglieder des Provinziallandtages zu einer Tagung des Landtages für die Zeit vom 10. Juli und folgende Tage eingeladen sind, und dafür ist uns eine Anlage zugegangen, die wir während der Landtagstagung als Tagesordnung benutzen, und darauf steht als erster Punkt: Bericht des Provinzialausschusses über

die Ergebnisse der Provinzialverwaltung usw. Nachdem der Herr Oberpräsident den Landtag eröffnet hat, beginnt die Tagung, und wenn wir Luft hätten, hätten wir — das habe ich auch bereits im Ältestenausschuß gesagt — die Möglichkeit, die gesamte Tagesordnung heute hier zu erledigen. Ich widerspreche also ganz offiziell den Ausführungen des Herrn Kollegen Jarres, als wären wir geschäftsordnungsmäßig dazu nicht in der Lage. Meine Herren, sprechen Sie es doch offen aus: Sie wollen heute nicht verhandeln, aus prinzipiellen Gründen. (Sehr richtig! links.) Ich will Ihnen beweisen, daß Sie es nicht wollen. Bergegenwärtigen Sie sich nur unsere Geschäftsordnungsdebatte im Ältestenrat und hier wieder. Während der Zeit, wo wir jetzt zur Geschäftsordnung diskutieren, hätten wir längst den Vortrag des Herrn Landeshauptmanns gehört. (Zustimmung links.)

Abgeordneter Dr. Jarres: Die Auffassung ist nicht richtig. Wir haben heute überhaupt keine Tagesordnung; es ist heute nur zur Konstituierung des Landtages gemäß der Geschäftsordnung eingeladen. Dafür braucht eine Tagesordnung nicht aufgestellt zu werden. Die Tagesordnung wird nach § 9 der Geschäftsordnung durch den Vorsitzenden für die nächste Sitzung vorgeschlagen. Einen Vorsitzenden hatten wir noch nicht; er konnte also auch eine derartige Tagesordnung nicht vorschlagen. Heute sind wir nur zu Verhandlungen berufen, die sich auf die Geschäftsordnung und auf die Provinzialordnung in der jetzigen Fassung gründen. Wir würden gern in eine Verhandlung eintreten, wenn es uns materiell richtig erschiene, wenn wir nicht dadurch in unseren Dispositionen beengt würden. Wir würden aber beträchtlich in unserer Fraktion durch eine weitere Verhandlung heute beengt. Wir beantragen deshalb nochmals, heute so schnell wie möglich Schluß zu machen, damit die Fraktionen in ihre Beratungen eintreten können.

Vorsitzender Gielen: Das Wort ist nicht mehr gewünscht. Wir würden über die vorgeschlagene Tagesordnung abstimmen.

Abgeordneter Haas: Ich bitte zur Geschäftsordnung ums Wort.

Vorsitzender Gielen: Wir sind schon in der Abstimmung; es ist nicht mehr möglich. (Abgeordneter Hoffmann: Der Antrag des Kollegen Haas geht doch weiter!)

Abgeordneter Haas: Entweder bekomme ich jetzt zur Geschäftsordnung das Wort oder Sie stimmen erst ab.

Vorsitzender Gielen: Ich frage das Haus, ob ich noch das Wort zur Geschäftsordnung erteilen soll? Wer von den Damen und Herren ist dafür, daß ich das Wort noch erteile? — Das ist die Mehrheit.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Haas.

Abgeordneter Haas: Ich habe den Einspruch des kommunistischen Redners bei der Wahl des Vorsitzenden heute ein wenig kleinlich gefunden, trotzdem auch meine Parteifreunde nach Schluß der letzten Tagung an der Handhabung der Geschäftsordnung durch Herrn Gielen sehr viel auszusetzen hatten. (Sehr richtig! links.) Aber ich möchte doch jetzt zur Geschäftsordnung sagen: Herr Kollege, eine solche Handhabung der Geschäftsordnung lassen wir uns hier nicht gefallen. (Sehr gut! links.) Es gibt doch bei einer solchen Debatte, wie wir sie jetzt haben, keine Abstimmung mehr über die vorgeschlagene Tagesordnung für morgen (Zustimmung), sondern ich habe zur Geschäftsordnung den Antrag gestellt, daß heute der Herr Landeshauptmann seinen Bericht geben soll; über diesen Antrag ist zunächst abzustimmen, denn er bezieht sich auf heute, nicht auf morgen. Erst wenn dieser Antrag abgelehnt ist, kann der Vorsitzende über seinen Antrag abstimmen lassen, diesen Punkt der Tagesordnung, den ich heute beraten haben wollte, auf die morgige Tagesordnung zu übernehmen.

Ich bin weiter der Meinung, daß es für unser Zusammenarbeiten durchaus gut wäre, wenn der Herr Vorsitzende möglichst loyal die Geschäftsordnung handhabt und auch, wenn sich

jemand im letzten Augenblick noch zur Geschäftsordnung meldet, ihm das Wort gibt. Anders ist es auch nicht möglich, denn zur Abstimmung kann man das Wort nach der Geschäftsordnung gar nicht haben. Er müßte dann über seinen Vorschlag abstimmen lassen, und ich würde meine Kritik nach der Abstimmung angebracht haben.

Also ich bitte nochmals dringend, Herr Vorsitzender, daß Sie vor allen Dingen über den Antrag abstimmen lassen, ob heute noch der Bericht des Herrn Landeshauptmanns gegeben werden soll oder nicht.

Abgeordneter Adenauer: Meine Damen und Herren! Man kann ja über Geschäftsordnungsfragen manchmal zweifelhaft sein. Zweckmäßig ist es aber immer, wenn man zweifelhaft ist, so zu verfahren, daß eine Minderheit nicht sagen kann, sie sei vergewaltigt worden. Ich fasse den Antrag des Herrn Haas so auf, daß er einen Abänderungsantrag gestellt hat, und würde empfehlen, über diesen Antrag zunächst abzustimmen.

Vorsitzender Gielen: Ich habe keine Bedenken dagegen. Wir stimmen also ab über den Antrag des Herrn Haas, den Bericht des Herrn Landeshauptmanns heute noch entgegenzunehmen. Wer von den Damen und Herren ist für diesen Antrag? — Das ist die Minderheit.

Wir stimmen dann ab über den Antrag des Ältestenrats, die Tagesordnung für den morgigen Tag so festzusetzen, wie ich sie vorhin verlesen habe. Wer von den Damen und Herren ist für diesen Antrag? — Das ist die Mehrheit.

Die Herren Mitglieder des Ältestenrats bitte ich, nach Schluß der Sitzung in Zimmer 36 zu einer kurzen Besprechung zusammenzukommen.

Zum Wort hat sich noch gemeldet Herr Abgeordneter Hauck.

Abgeordneter Hauck: Meine Damen und Herren! Ich habe anläßlich der letzten Vorgänge am Schlusse der vorigen Tagung hier eine Erklärung abzugeben.

Es wird Ihnen allen in Erinnerung sein, daß sich da ein kleines Intermezzo abgepielt hat. Ueber die Berechtigung der einzelnen Äußerungen, die damals von den Mitgliedern des Hauses gemacht worden sind, brauchen wir heute nicht mehr zu rechten. Der Herr Vorsitzende hatte einen geschäftsordnungswidrigen Ausdruck eines Mitgliedes der linken Seite des Hauses gerügt. Wir haben aber nicht vernommen, daß eine Äußerung gerügt wurde, welche von den Bänken gekommen ist, wo die oberen Beamten der Provinzialverwaltung sitzen. Es ist nämlich von dieser Seite aus in den Saal hineingerufen worden: „Schweinhunde!“ (Hört! Hört! links.)

Man kann über das, was geschehen ist, zweierlei Meinung sein. Aber als Abgeordnete müssen wir gegen derartige Äußerungen, namentlich wenn sie von Beamten der Provinzialverwaltung kommen, ganz energisch Protest erheben. (Zustimmung links.) Was dem einen Abgeordneten geschehen ist, gilt der Würde des Hauses, gilt der Würde der gesamten Abgeordneten. Die Abgeordneten haben es nicht notwendig, sich von Beamten der Provinzialverwaltung „Schweinhunde“ titulieren zu lassen. (Zuruf links: Das ist unerhört!) Ich erhebe dagegen den schärfsten Protest und hoffe, daß derjenige, der die Äußerung getan hat, auch den Mut findet, sich hier zu melden.

Vorsitzender Gielen: Geschäftsmäßig ist eine Besprechung darüber nicht zulässig. Aber ich stehe nicht an zu bemerken, daß weder ich noch Herr Elbes, der Schriftführer war, den Ausdruck gehört hat. Hätte ich ihn gehört, so würde ich ihn selbstverständlich ebenso gerügt haben wie den anderen.

Landeshauptmann Dr. von Renvers: Ich habe von dieser angeblichen Äußerung während der Sitzung keine Kenntnis erlangt und nichts davon gewußt. Ich habe von dieser Äußerung aber gelegentlich einer Sitzung der Geschäftsordnungskommission Kenntnis bekommen; da hat Herr

Abgeordneter Hauck eine Mitteilung darüber gemacht. Daraufhin habe ich Veranlassung genommen, festzustellen, wie die Sache zusammenhing. Ich habe den Beamten erklärt: Das halte ich nicht für angebracht und nicht für zulässig; ich muß mir derartige Ausführungen für die Zukunft verbitten. Damit ist die Sache meiner Ansicht nach wohl erledigt.

Abgeordneter Koch: In dieser Sache wollten wir einen Antrag einreichen. Weil aber die Sache zur Verhandlung gekommen ist, nehme ich jetzt Gelegenheit, das Wort dazu zu nehmen.

Zunächst muß ich dagegen protestieren, daß der Vorsitzende nach Schluß der Versammlung noch jemanden einen Ordnungsruf erteilt. (Sehr richtig! links.) Dann, meine Damen und Herren, bin ich der Ansicht, daß der Ordnungsruf nicht berechtigt war (Sehr richtig! links), und ich behaupte auch, daß das Protokoll nicht richtig ist. In dem Protokoll heißt es, es wären Zwischenrufe ertönt: „Nieder mit dem deutschen Vaterlande!“ Meine Damen und Herren, das entspricht nicht den Tatsachen. (Lauter Widerspruch bei den bürgerlichen Parteien.) Ich habe hier auf dieser Seite gesehen und nichts Derartiges gehört. Ich habe auch meine Freunde von der Fraktion gefragt. Man hat mir gesagt: Es sind Rufe erschallt: „Nieder mit dem Schieberdeutschland, nieder mit dem kapitalistischen Deutschland!“ (Erneuter lauter Widerspruch bei den bürgerlichen Parteien.) Es wundert mich, daß Sie so genau wissen, was da gerufen worden ist. Aber das Wort „Schweinhund“ und „Raus mit dem Ker!“ wollen Sie nicht gehört haben. (Unruhe.) Ich behaupte, auf der linken Seite ist der Ruf „Nieder mit dem deutschen Vaterlande!“ nicht erschallt, sondern nur: „Nieder mit dem kapitalistischen Deutschland, nieder mit dem Schieberdeutschland!“

Vorsitzender Gielen: Meine Damen und Herren! Diesen Worten gegenüber habe ich doch die Pflicht, festzustellen, daß ich persönlich als Vorsitzender hier die Worte deutlich gehört habe und daß ich, selbst wo die Tagung schon geschlossen war, mich doch noch als Vorsitzender für berechtigt und verpflichtet gehalten habe, die Würde des Hauses aufrecht zu erhalten.

Abgeordneter Wallraf: Meine Damen und Herren! Wir scheinen uns in diesem Jahr sehr viel mit Geschäftsordnungsdebatten abgeben zu müssen. Damit wir aber damit nicht die Zeit des Hauses und unser aller Zeit übermäßig in Anspruch nehmen, möchte ich bitten, daß wir uns nach der Geschäftsordnung richten. Die Debatte, wie sie jetzt vor sich geht, ist nach meinen parlamentarischen Erfahrungen absolut unzulässig. Nach der Geschäftsordnung kann hier nur etwas behandelt werden, das in derselben Sitzung zur Behandlung steht oder gestanden hat. Wenn die Herren von der Linken etwas Derartiges anbringen wollen, so findet sich dafür auch eine andere parlamentarische Form. Aber in dieser Form Vorgänge aus einer früheren Session zu verhandeln, ist unzulässig. Auf dem Boden der Geschäftsordnung müssen wir bleiben. (Zuruf links: Wann sollen wir es denn anbringen?)

Abgeordneter Melich: Meine Damen und Herren! Ich bin außerordentlich erstaunt, daß der Herr Präsident des 60. und des 61. Provinziallandtages ein so scharfes Gehör hat, wenn es darauf ankommt, festzustellen, was für ein Zwischenruf von der äußersten Linken aus der entferntesten Ecke gemacht wird. Er will mit aller Deutlichkeit gehört haben, daß dort ein Zwischenruf gefallen ist: „Nieder mit dem deutschen Vaterlande!“ Auf der anderen Seite hat sich ein Herr, der links von ihm ganz unmittelbar in seiner Nähe saß, des Zwischenrufs „Schweinhunde“ bedient, und das will er nicht gehört haben.

Ich muß ausdrücklich feststellen, daß wir auf den Inhalt und den Sinn eines solchen Zwischenrufs keinen Wert legen, daß wir auch keinen Wert darauf legen, daß ein Unterschied zwischen diesem deutschen Vaterland und dieser Schieberrepublik gemacht wird. Wir wollen nur, daß das, was wir als Zwischenrufe zur Geltung kommen lassen, wörtlich im Stenogramm festgelegt wird.

Weiterhin möchte ich betonen, daß sich der Herr Präsident außerhalb seiner Machtbefugnisse etwas erlaubt hat, was jeder Beschreibung spottet: Der Provinziallandtag war offiziell geschlossen; das, was sich nachher abgespielt hat, war nach meiner Auffassung und nach der Auffassung eines jeden Menschen, der einen gesunden Menschenverstand hat (große Heiterkeit bei den bürgerlichen Parteien), eine rein private Kundgebung.

Meine Herren! Sie haben sich vorhin über den Kirchgang unterhalten. Da muß ich unbedingt feststellen, daß kein Widerspruch erfolgt ist: Der Kirchgang, der vor dem Provinziallandtag als solcher zur Geltung kommt, ist eine private Sache. Ich muß auch feststellen, daß das, was sich nachher nach Schluß der Tagung abspielt — ob es nun nationalistisch oder konfessionell-religiös ist —, genau so gut eine private Sache ist. Ich muß ausdrücklich feststellen, daß sich der Herr Präsident eine Machtbefugnis angeeignet hat, die ihm nicht zusteht.

Zum Schluß möchte ich noch betonen — das ist für die Herren Beamten des Provinzialkörpers besonders gemünzt —, daß der Zurs „Schweinhunde“ die Vereinigte kommunistische Partei und deren Mitglieder nicht im entferntesten berühren kann, sondern daß meine Fraktion der Auffassung ist, daß der Zurs in seiner wesentlichen Bedeutung auf denjenigen zurückfällt, von dem er ausgegangen ist. (Lebhaftes sehr richtig! links.)

Abgeordneter Eberle: Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich bemerken, daß von dieser Bank aus Zurs während der Verhandlungen überhaupt unzulässig sind. In keinem Parlament ist es gestattet, daß sich Regierungsvertreter in dieser Weise in die Verhandlungen des Parlaments einmischen. Wenn aber der Zurs nach Schluß der Tagung gefallen ist oder gefallen sein soll, dann ist er für uns als erledigt zu betrachten, dann geht er uns als Provinziallandtag nichts an.

Genau so verhält es sich mit dem Ordnungsruf, den der Herr Vorsitzende nach Schluß der Tagung erteilt hat. Auch dieser durfte in die Niederschrift nicht aufgenommen werden. Wenn der Vorsitzende erklärt: Die Tagung ist geschlossen, dann ist auch seine Tätigkeit als Vorsitzender für diese Tagung beendet. (Zustimmung links.) Wir dürfen es nicht dahin kommen lassen, daß wir in ein ungeregeltes, zügelloses Verhandeln hineingeraten. Wir müssen uns an bestimmte Formen binden, und eine der bindendsten Formen ist die, daß, wenn die Tagung geschlossen ist, der Vorsitzende lediglich seine persönliche Ansicht äußern kann, die aber niemanden etwas angeht, soweit er Abgeordneter ist. Keinesfalls ist es aber zulässig, daß noch Aufnahmen darüber in die Niederschrift kommen.

Abgeordneter Wallraf: Ich möchte mich sachlich mit den anderen Herren nicht auseinandersetzen. Aber ich betone nochmals: Wir kommen ins Uferlose, wenn wir bei irgendeiner Gelegenheit einen Vorgang aus früherer Zeit in die Geschäftsordnungsdebatte hineinziehen. Deshalb bitte ich den Herrn Vorsitzenden dringend, in Wahrung der Geschäftsordnung dem Fortgang der Diskussion in dieser Weise zu steuern.

Abgeordneter Lenz: Ich stelle den Antrag, die Debatte über diesen Punkt zu schließen.

Vorsitzender Gielen: Es liegt ein Antrag auf Schluß der Debatte vor. Wer von den Damen und Herren ist dafür? — Das ist die Mehrheit.

Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Ich schließe die heutige Sitzung.

(Schluß 1 Uhr 40 Minuten.)